

die Kreistagsfraktionen CDU und Grüne beantragen, die Verwaltung möge in der nächsten Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigung über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes berichten. Dabei sollen u.a. folgende Aspekte erörtert werden:

- Welche Leistungen umfasst das Bildungs- und Teilhabepaket und wer erhält die Leistungen?
- Sind die gewährten Leistungen untereinander verrechenbar oder jeweils nur für eine Leistungsgruppe verbindlich festgelegt?
- Sind innerhalb der jeweiligen Leistungsgruppen Höchstsätze vorgesehen?
- Konkret: In welcher Höhe sollen Nachhilfeförderungen bei welchen Trägern gefördert werden? Wer definiert wie den Bedarf für einen Nachhilfeunterricht?
- Wie und durch wen werden die Leistungen erbracht?
- Welcher Aufwand ist mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes verbunden?
- Ist die Beteiligung des Bundes an den entstehenden Verwaltungskosten ausreichend?
- Ist sichergestellt, dass die Leistungen auch für den Zeitraum zwischen dem 01.01.2011 und dem 01.04.2011 erbracht werden?
- Wie wird sichergestellt, dass Kinder von Wohngeldempfängern bzw. SGB II-Empfängern über die Antragsmöglichkeiten zum Bildungs- und Teilhabepaket ausreichend informiert werden?
- Welche Ansprachemöglichkeiten neben der schriftlichen Information werden zum Einsatz kommen?
- Wann ist mit dem Erlass von Ausführungsbestimmungen seitens des Landes zu rechnen und welche Bestimmungen werden hilfsweise vorläufig zugrunde gelegt?

### **Begründung:**

Nach intensiven Beratungen auf Bundesebene wurde das Bildungs- und Teilhabepaket im Vermittlungsverfahren verabschiedet. Das entsprechende Gesetz wurde Mitte April verkündet und trat rückwirkend zum 01. Januar 2011 in Kraft. Die Verwaltung hat in der letzten Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung einen ersten Kurzbericht abgegeben. Die Kreistagsfraktionen von CDU und Grünen möchten das Thema auch politisch begleiten. Deswegen soll das Bildungs- und Teilhabepaket in der nächsten Ausschusssitzung erörtert werden.

Aus unserer Sicht ist wichtig, dass die Hilfe bei den Menschen ankommt. Deswegen sollte die Verwaltung ein Umsetzungskonzept verfolgen, das möglichst bestehende Strukturen beibehält und wenig Aufwand erfordert.

Mit freundlichem Gruß

gez. Notburga Kunert

gez. Gabi Deussen-Dopstadt

f.d.R.

Ulla Breitbach